



GEWERKSCHAFT
DER
FINANZDIENSTLEISTER

Druck zeigt Wirkung – Anerkennungstarifvertrag für das Private Bankgewerbe für DBV-Mitglieder um 12 Monate verlängert

Wenige Tage vor flächendeckenden Streiks verlängern Postbank und DBV den Anerkennungs-Tarifvertrag um 12 Monate – Dauerhafte Lösung noch offen – Im 1. Quartal wird Überleitung verhandelt

Am 22. November 2011 um 12:10 Uhr gab es den Durchbruch: In einem Telefonat vereinbarten der Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft dbv/dpvkom/komba **Stephan Szukalski**, stellv. Bundesvorsitzender des DBV und **Tobias Wolff**, Tarifmanagement Postbank, einen Anerkennungstarifvertrag für die Mitarbeiter, die nach dem TV Privates Bankgewerbe vergütet werden, **bis zum 31. Dezember 2012**. Es wird vereinbart, sehr kurzfristig die entsprechenden Papiere auf den Weg zu bringen, die diese Vereinbarung rechtsgültig machen. In den Tagen zuvor fand ein Tarifkrimi ohne Gleichen statt, der sich vor allem durch wage und uneindeutige Aussagen des Arbeitgebers, nicht zuletzt auf Betriebsversammlungen, auszeichnete. Insbesondere die Laufzeit war ein erheblicher Streitpunkt, da für uns eine Verlängerung um drei Monate, noch am Tag vor der Vereinbarung angeboten, nicht in Frage kam.

Die Kombination aus Mobilisierung der Belegschaft und diverse Gespräche mit dem Arbeitsdirektor der Postbank, **Ralf Stemmer**, sowie anderen Vertretern der Mandanten der BCB, brachten den Durchbruch. Damit können die Privatbanker in der BCB erst einmal durchatmen.

Dennoch ist es zu früh, Entwarnung zu geben. Nach wie vor stehen die Streichpläne des Arbeitgebers, und die beabsichtigten Veränderungen beim Thema Arbeitszeit auf der Tagesordnung. Wir wollen im 1. Quartal 2012 für die Beschäftigten akzeptable Lösungen finden. Wir sind dazu bereit, wenn folgende Eckpunkte beachtet werden:

- **keine Gehaltskürzungen**
- **keine Wochenarbeitszeit über 39 Stunden / keine Urlaubsreduzierung**
- **keine Kürzung bereits laufender Altersteilzeit- und Vorruhestandsvergütung**

Unabhängig von unter Druck der Beschäftigten gegebenen Zusagen, die wir als Zeichen guten Willens werten, finden in den nächsten Tagen in der Kreditabwicklung Weichenstellungen statt, die auf den Zahlungsverkehr erhebliche Auswirkungen haben. Wir werden Sie ab dem 1. Dezember, wenn auch für ver.di die Friedenspflicht endet, auffordern, sich schon im eigenen Interesse hierbei solidarisch zu zeigen.

**Wir
ist
stärker
als ich!**